

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bestellungen unter 25 4 je laufend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 577.

Nr. 118.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 21. Mai 1930.

12. Jahrgang.

Dem ziemt der Preis, daß wahrhaft er gelebt,
Der, hätt' er wenig in der Tat erstrebt,
Als Lücke in der Menschheit wird erfunden,
Wenn er den Lebensfaden abgewunden.

W. v. Humboldt.

Kurzfristige Negation.

Von D. Reinhard Mumm, M. d. R.

Man kann in kirchlichen Kreisen und in den Kreisen der Inneren Mission, nicht selten mit einigem Nachdruck, den Satz hören: „Die Innere Mission kann sich nicht einer politischen Partei untertan machen“; „Die Kirche muß von den Parteien unabhängig sein.“

Weshalb Ausföhrungen hörte ich seit mehr als dreißig Jahren, und habe diesen Sätzen immer zugestimmt. Es ist mir niemand, der Verantwortung und Ueberficht hat, bekannt, der anders dächte. Wer z. B. im Christlich-sozialen Volksdienst hätte das Verlangen aufgestellt, daß jeder Evangelische zu dieser Richtung gehören müsse, und daß der ein minderwertiger evangelischer Christ wäre, der sich dem Christlich-sozialen Volksdienst nicht anschloße? Solch enger Parteilismus wäre mit den Grundgedanken des Christlich-sozialen Volksdienstes unvereinbar.

Wir wollen die Negation gern gelten lassen, daß nicht jeder evangelische Christ um des Gewissens willen gezwungen werden kann, sich dem Christlich-sozialen Volksdienst anzuschließen. Wir stehen zu der Freiheit zu der uns Christus befreit hat. Biel zu lange stehe ich im Parteitreiben, als daß ich in einer Partei nur alle Wahrheit und in der anderen Partei nur alle Unwahrheit setzen könnte. Es scheint mir, wer nur negativ feststellt, daß die evangelische Kirche nicht mit einer Partei sich vereinigen könne, stößt offene Türen ein.

Mit der Feststellung, daß Kirche und Politik nicht einreißt, hört das Problem nicht auf, sondern es fängt erst an.

Wer damit zu denken aufhört, daß er negativ feststellt, die kirchliche Aufgabe und die Aufgabe des politischen Dienstes seien verschieden, macht sich die Sache denn doch zu bequem. Er huldigt dem „Schächtelchen-System“: ins eine Schächtelchen kommt das Christentum, und in das andere Schächtelchen kommen die irdischen Belange, als ob beide nichts miteinander zu tun hätten, nicht miteinander „verquickt“ werden dürften. Dabei hat unser Heiland das irdische Brot mitten ins „Unser Vater“ gesteckt!

Viele liebe Christen denken es sich so bequem: wenn man politische Wünsche hat, geht man zu den Parteien, die Verständnis haben und erbittet sich, was man wünscht: z. B. jetzt Reichsgelände in den Rheinlanden, das nach beendeter Besatzung frei wird, oder Unterstützung für Kirchen- und Gemeindehausneubau, für Blöden- und Epileptischen-Anstalten, für den Kampf gegen den Alkoholismus usw. Und je unabhängiger man sich von den Parteien hält, je mehr Parteien man angeht, um so sicherer erhält man, was man wünscht.

Das System mag sich empfehlen für ruhige politische Zeiten, obwohl es mir für die evangelische Christenheit nicht ganz würdig erscheint, bei den Parteien lediglich zu antichambrieren. Wer immer nur erbittet, ohne selber etwas zu leisten, kommt leicht in den Ruf des Schmarrobers. Das gilt auch von denen, die sich nur der Parteien bedienen wollen, ohne zu ahnen, wie fauer es die evangelischen Politiker in diesen Parteien haben, wenn man immer nur fordert und nichts leistet.

Man sollte die Zeichen der Zeit beachten. Wenn durch Kirchenflucht in den letzten elf Jahren der evangelischen Kirche — den Landeskirchen und den Freikirchen — schätzungsweise 1 700 000 Seelen, wesentlich durch eine politische, in der Arbeitnehmerschaft wirkende Agitation verloren gegangen sind, so soll man dies nicht leicht nehmen. Und wenn im deutschen Volk noch heute drei Drittel, im deutschen Reichstag nur ein Drittel evangelisch sind — ebenso liegt es in Preußen —, so ist das gewiß nicht leicht zu nehmen. Zwei Fünftel aller Reichstagsabgeordneten haben keine Beziehung mehr zu einer christlichen Kirche. Durch die Wahlen des Jahres 1928 stieg die Zahl der Abgeordneten, die programmatisch eine Kampfstellung gegen die Berücksichtigung der evangelischen Kirchen im Jahreshaushalt, in der Gesetzgebung und Verwaltung einnehmen (Kommunisten und Sozialdemokraten), im Reichstag von 166 auf 206, im

Preußischen Landtag von 158 auf 192. Noch einmal ein solches Aufsteigen, und die Mehrzahl (224) ist im Preußischen Landtag erreicht; noch zweimal ein solches Aufsteigen, und die Mehrheit ist auch im Reichstag (246) erreicht. Und es ist sicher, daß dann, sobald eine rein klassenkämpferische Politik ziffernmäßig möglich sein wird, beide Klassenkampfparteien zusammengehen werden. Es ist auch sicher, daß die Gefährdung mit jedem Ansteigen dieser Ziffern wächst; denn auch in den anderen Parteien gibt es genug Persönlichkeiten, die rein wirtschaftlich denken und nicht den Kampf für Kirche und Christentum in den Mittelpunkt ihrer Gedanken stellen. Dazu kommt die Möglichkeit, daß Bindungen zwischen den Feinden aller christlichen Volkskirchen und einer katholischen politischen Richtung Einseitigkeiten gegenüber der evangelischen Kirche nicht nur in der Frage des Abkommens zwischen Staat und Kirche zeitigen.

In anderen deutschen Ländern dürften die Ziffern zum Teil günstiger (Württemberg, Bayern, Baden) zum Teil ungünstiger (Sachsen, Braunschweig, Hamburg) liegen. Die Ziffern sind mir nicht zur Hand, aber in Braunschweig bilden die beiden Klassenkampfparteien zusammen eine sichere Mehrheit: der Kampf gegen die einzige in Braunschweig bestehende evangelische Mädchenschule ist eine Folge dieser Verhältnisse.

Nun ist es so, daß z. B. im Reichstag alle Kommunisten aus jeder Religionsgemeinschaft ausgeschieden sind; das fordert die Partei von jedem ihrer Parlamentarier, während bei den Sozialdemokraten noch etwa ein Zehntel in der christl. Kirche verblieben ist, vorwiegend ältere Führer, wie der Seffe Dr. David, der reformierte Ravensberger Severing und der katholische Schreck. Irigendwelcher ziffernmäßig erkennbare Einfluß der „religiösen Sozialisten“ ist im Parlament nicht erkennbar; und Professor Hans Müller-Jena, der bekannte religiös-soziale Vorkämpfer, hat wohl recht, wenn er den Versuch, logisch Unvereinbares psychologisch zu vereinbaren, von vornherein als zum Scheitern verurteilt ansieht.

Versteht man nun, weshalb wir im „Christlich-sozialen Volksdienst“ mit allem Ernst daran arbeiten, die weiten evangelischen Schichten derer in den Landeskirchen und in den Freikirchen, die ihre Aufgabe bei den Wahlen bisher nicht erfüllt haben, heranzuziehen? Weshalb wir uns mühen, hier die Liebespflicht gegenüber dem eigenen Volk ins Gewissen zu schieben?

Wir denken nicht daran, jeden Pastor zum Politiker zu machen. Wir denken nicht daran, Landeskirche und Freikirche uns untertänig zu machen. Aber wir möchten gern in solchem Sinne im Reichs- und im Landtag, in den Provinziallandtagen und in den Stadtvertretungen wirken, daß die, die bisher tatenlos beiseite standen, sich gewissensmäßig zur Stimmurne gezwungen fühlen. Mag jeder, der bei einer anderen Partei sich glücklich fühlt, bei ihr bleiben und in ihr als Sauerteig wirken. Aber nötig ist's, daß wir auch Menschen gewinnen, die für den Christlich-sozialen Volksdienst sich mit heiligem Eifer einsetzen, für ihn Opfer an Zeit und Geld bringen und also die irdische Pflicht tun, — die Pflicht gegenüber dem Nächsten und die Pflicht gegenüber dem Volk, in das wir hineingehören sind — gegenüber dem Staat, dessen Offizier wir sind.

Jahresbericht der größten deutschen Bausparkasse!

Die von der Bausparkasse „Gemeinschaft der Freunde“ Wüstenrot, gemeinnützige G. m. b. H., Ludwigsburg in Württemberg, als der ältesten und größten Bausparkasse Deutschlands und Oesterreichs eingeleitete, auf der Selbsthilfe beruhende neue Art der Finanzierung von Eigenheimen hat im Jahre 1929 neue große Erfolge gezeitigt, die von nicht geringem Einfluß auf die Bautätigkeit gewesen sind und die zweifellos in diesem Jahre, wie auch künftig von noch größerer Bedeutung sein werden.

Bedauerlich erscheint — mit Rücksicht auf die Förderung der Bautätigkeit — die Tatsache, daß die öffentlichen Sparkassen in den kommenden Jahren in großem Umfange gehalten sein werden, den Neueingang von Spareinlagen zur Regelung von kurzfristigen Verpflichtungen der Kommunen zu verwenden, wodurch die entsprechenden, größtenteils langfristigen Geldmittel dem Bauparkt vorenthalten werden.

Die Erfolge der privaten Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde, Wüstenrot, sind um so höher anzuschlagen, als die natürliche Kapitalbildung infolge der allgemeinen ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse immer noch sehr gehemmt ist.

Die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde, Wüstenrot, hat in diesen Tagen ihre Bilanz zum 31. Dezember 1929 vorgelegt, die in Aktiva und Passiva mit 106 841 000,— RMk. abschließt.

Der Gesamtbestand an Bausparern wird für den 31. Dezember 1929 mit 35,325, die Gesamtabschlußsumme mit 813 938 000,— RMk. angegeben, hiervon sind im Geschäftsjahr 1929 neu gewonnen: 13 456 Bausparer mit 201 399 000,— RMk. Bausparsummen. Die durchschnittliche Bausparsumme beträgt 14 700,— RMk.

Bis zum 31. 12. 1929 konnten 7 971 Bausparern rund 120 Millionen Reichsmark billiges, unkündbares Baugeld zur Verfügung gestellt werden.

Die günstige soziale Schichtung dieser zugeteilten Bausparer ergibt sich aus folgender Uebersicht:

	Bausparer:	Prozent:
Privatangestellte	1197	15,01
Beamte	2421	30,37
Selbständige Geschäftsleute	2031	25,48
Freie Berufe	470	5,90
Verschiedene Berufe	513	6,44
Vereine, Gemeinden, Anstalten	127	1,59
Arbeiter	1212	15,21
	7971	100,00

Von den Bilanzposten und der Ausgabe- und Einnahme-Rechnung interessieren die kurzfristig angelegten Barmittel der Gesellschaft mit 22 303 000,— RMk. Diesen flüssigen Mitteln stehen die zugeteilten, aber noch nicht in Anspruch genommenen Bausparsummen in Höhe von 26 600 000,— RMk. gegenüber. Der sich hieraus ergebende Unterschied von 4,3 Millionen RMk. stellt eine Voranschätzung dar, zu der sich die Gesellschaft verpflichtet gefühlt hat, um im Rahmen des Möglichen alle verfügbaren Mittel den Bausparern und damit dem Bauparkt zuzuführen.

Die an erster Rangstelle gesicherten Hypothekendarlehen betragen 64 954 000,— RMk. Die durchschnittliche Beleihung der von der Gesellschaft finanzierten Bauten beläuft sich im Zeitpunkt der Darlehensgabe auf rund 50 Prozent des amtlichen Schätzwertes, was für die unbedingte Sicherheit der Geldanlage spricht.

Aus den bis Ende 1929 ausgezahlten Hypothekendarlehen ergibt sich ein sehr erfreuliches Mischungsverhältnis; über 80 Prozent der Darlehen betragen nicht mehr als 15 000,— RMk.

Unter den Forderungen von 501 000,— RMk. sind hauptsächlich Werbekostenbeiträge enthalten, ihnen stehen kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 407 000 RMk. gegenüber. Gebäude, Grundstücke und Einrichtungen sind mit 335 000 RMk. bewertet, nachdem vorsichtigerweise weitere 268 000,— RMk. abgeschrieben wurden.

Die Einlagen der Bausparer, welche die Voraussetzungen des Zuteilungsanspruches auf die Bausparsumme noch nicht erfüllten, sind als langfristige Verbindlichkeiten mit 74 100 000 RMk. genannt. Als Zinsen für Einlagen der Bausparer werden 1 464 700,— RMk. aufgeführt; für Werbe- und allgemeine Verwaltungskosten zusammen 1 880 000,— RMk.

Unter den Einnahmen finden wir die Zinsen aus Hypothekendarlehen und angelegten Geldern mit 3 686 000,— RMk., die Werbe- und Verwaltungskostenbeiträge mit 794 000,— RMk.; an letztgenannter Summe sind die Provisionen für Vertreter mit 367 000,000 RMk. abgesetzt.

Der Stiftung für kinderreiche Bausparer sind seit deren Bestehen insgesamt 236 700,— RMk. von zugeteilten Bausparern zugewendet worden. Die Beträge werden laufend als unverzinsliche Zusatzdarlehen an kinderreiche oder in sozialer Notlage befindliche Bausparer gegeben.

Sehr wichtig ist ferner die Feststellung, daß von den Bausparern, welche die Voraussetzungen für die Einteilung in eine Zuteilungsgruppe erfüllt hatten, bisher insgesamt schon 45,5 Prozent die Bausparsumme erhalten haben.

Die Rücklagen schließen Ende 1929 mit 5,374 Millionen Reichsmark ab (Ende 1928 3,4 Millionen Reichsmark).

Die Gesellschaft hat ferner mit Anfang des Jahres 1930 den Versicherungsschutz nach Zuteilung eingeführt. Die Versicherung bezweckt eine Verringerung der Schuld des Bausparers um die Hälfte im Falle seines Todes.

Für das Jahr 1930 ist eine günstige Weiterentwicklung der Bausparbewegung festzustellen. Das beweist auch die inzwischen erfolgte Frühjahrszuteilung von 11,14 Millionen Reichsmark, wonach die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde, Wüstenrot, 8 721 Bausparern insgesamt 131,2 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt hat.

Was ist eine evg. Tageszeitung?

In den letzten Monaten hat die Haltung des „Aufwärts“ von verschiedenen Seiten die verschiedenste Beurteilung gefunden. Kritik können wir vertragen, und wir haben auch bisher dazu geschwiegen. Wo aber nun jetzt ein süddeutscher Vorort das Wort dazu nimmt, glauben wir diese Stimme auch einmal hinausklängen lassen zu sollen. Wir wollen keine weitere Auseinandersetzung über diese Sache. Macht der „Christliche Volksdienst“ den „Aufwärts“ überflüssig, fügen wir uns gerne darein. Zur Zeit sind aber noch sehr viele Volksdienstleute dankbar für das Bestehen und für die Haltung des „Aufwärts“ und sie setzen sich auch mit großer Liebe für seine Weiterentwicklung ein.

In Nr. 18 des „Christlichen Volksdienstes“ ist eine von Landtagsabg. Rechnungsrat Bausch aus Korntal bei der Reichstagsung des „Christlich-sozialen Volksdienstes“ in Kassel gehaltene Rede über die politischen Gegenwartsaufgaben des „Christlich-sozialen Volksdienstes“ zum Ausdruck gebracht. In dieser geht ein Satz den „Aufwärts“ an. Da stellt Bausch neben anderen anscheinend und gewogenen Behauptungen auch die auf, der „Aufwärts“ sei bei allen Vorzügen doch nur ein „Sprechsaal“, der heute den Nationalsozialisten, morgen den religiösen Sozialisten Raum gibt; er könne also als evangelische Tageszeitung, neben welcher der evangelische Volksdienst nur den „Reichsbote“ habe, der doch „einen reichlich unmöglichen Kurs verfolge“ nicht gelten. Hiergegen muß nun aber doch ganz entschieden Vorgehen eingelegt werden. Wer den „Aufwärts“ kennt, der weiß, daß derselbe nicht nur ein Sprechsaal ist, sondern eine fest auf christlicher Grundlage stehende Zeitung, in der ganz deutlich eine bestimmte Linie eingehalten ist, eine Linie dazu noch, die von der im „Christlichen Volksdienst“ eingehaltenen gar nicht sehr weit entfernt ist. Es ist geradezu eine leichtfertige Behauptung, wenn Bausch erklärt, der „Aufwärts“ sei „nur ein Sprechsaal“, wenn er dazu noch den Anschein erweckt, als seien darin Aussprüche anderer Richtungen eine häufige Erscheinung (heute die Religiös-Sozialen, morgen die Nationalsozialisten!). Wenn der „Aufwärts“ seine Leser in den Streit der Meinungen und damit in die auf der Tagesordnung stehenden Probleme einführt, so tut er nur recht damit — daselbe hat, allerdings viel seltener als der „Aufwärts“, der „Christliche Volksdienst“ auch schon getan! — und seine Leser danken es ihm, wenn er ihnen dadurch ermöglicht, ein eigenes Urteil sich zu bilden. Das entspricht gerade dem Zweck und Ideal einer guten Zeitung. Diese Haltung ist dem „Aufwärts“ möglich, weil er nicht parteipolitisch gebunden ist und sich daher auch nicht damit begnügen muß, nur partei- und richtungsmäßig abgestempelte Meinungen immer aufs neue zu wiederholen. Diese Eigenart des „Aufwärts“ verleiht ihm eine große Mannigfaltigkeit des Inhalts und macht ihn zu einer der belehrendsten Tageszeitungen.

Wiederholungen dieser Art sind im „Christlichen Volksdienst“ nicht selten und er mag sich hüten, daß er nicht in den oben bezeichneten Fehler vieler Parteiblätter verfällt! So ist es eine bei Rednern des „Christlichen Volksdienstes“ und in dessen Wochenblatt häufig wiederkehrende Behauptung, daß der Marxismus mit seinem Materialismus und seiner Religionsfeindschaft aus dem „Bürgertum“ hervorgegangen sei, womit also derselbe dem Bürgertum zur Last gelegt wird, als ob daselbe eine einheitliche Größe wäre, als ob nicht von jeher darin verschiedene Strömungen zu erkennen gewesen wären! Als eine derselben war darin schon längst Materialismus und Atheismus vertreten. Aber das war kein Charakteristikum des Bürgertums an sich und als solches; die besonders planmäßige Religionsfeindschaft des Marxismus ist gerade nicht Eigenchaft des Bürgertums. Wohl ist diese Strömung im Schoß desselben zuerst aufgekommen, hat sich aber im Laufe der

Zeit von demselben losgelöst und sich dann in Gegen- satz zu demselben gestellt. Wer kann also sagen: diese Bewegung ist nicht sowohl vom Bürgertum ursächlich aus — als vielmehr aus ihm herausgegangen und hat sich im Marxismus mehr und mehr gegen eine besondere Bewegung gegen daselbe zusammengeballt. So gewiß steht noch innerhalb des Bürgertums religiöse Indifferenz, ja Religionslosigkeit und Materialismus leider nicht so selten ist, so gewiß ist's auch, daß daselbe noch immer viel staatlichen Ordnungssinn, sittliches Verantwortungsgefühl, echten Humanitätsgeist und Ehrfurcht vor dem Heiligen, also gut erhaltende Kräfte in sich birgt und dadurch dem Marxismus die Stirne bietet. Und nun ist es doch ein eigentümliches Verfahren, mit jenem Vorwurf immer wieder auf das Bürgertum loszuschlagen und dadurch die Kreise desselben, aus denen man für eine christliche Politik manche gewinnen könnte und auch gerne möchte, abzustößen!

Doch wieder zurück zu dem Satz von dem „Volksdienst“ und evangelische Tageszeitungen, von dem wir ausgingen. Nur der „Aufwärts“ und der „Reichsbote“, diese beiden finden als solche Gnade beim „Christlichen Volksdienst“ und auch diese nur unter Vorbehalt. Darum fühlt er — nach Bausch — sich berufen, sein Blatt, das bisher als Wochenblatt erscheint, mit der Zeit zu einer großen, führenden und allein vollständigen evangelischen Tageszeitung auszubauen, wie Bausch dies wirklich in seiner Rede ausspricht! Da möchten wir denn doch fragen, was nun eigentlich das Kriterium einer richtigen evangelischen Tageszeitung im Sinn des „Christlichen Volksdienstes“ sein soll. Es gibt ja doch manche rechtsstehende Zeitung, die mit lebhafter Anteilnahme die Belange der evangelischen Kirche und des konfessionell evangelischen Schulwesens wahrnimmt. Dem „Christlichen Volksdienst“ möchten wir mehr Objektivität empfehlen. Er wird dann um so besser seiner Aufgabe gerecht werden und seine Mission erfüllen können.

Ein langjähriger Württemberger Leser des „Aufwärts“.

Tagung evg. Arbeiterführer.

In der zweiten Augustwoche findet, wie in jedem Jahre, wieder in Bethel bei Bielefeld in den Räumen der Theologischen Schule die biblisch-soziale Woche der evangelischen Führerinnen und Führer innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterbewegung statt.

In diesem Jahre wird Prof. Dr. Wendland, Heidelberg, in drei Vorträgen folgende Themen behandeln: „Der Glaube an den Schöpfer“, „Der Glaube an den Erlöser“, „Der Glaube an den heiligen Geist“. Außerdem wird Geheimrat Oberkonsistorialrat D. Kahlwe, Generalsekretär Baltrusch, Dr. Henning, die Abgeordneten Hüller, Hartwig, Dr. v. Viebahn und andere durch Vorträge staats- und sozialpolitischer Art mitwirken.

Die Teilnahme ist nur Mitgliedern der Vereinigung evangel. Arbeiter- und Gewerkschaftsführer Deutschlands vorbehalten. Anfragen sind zu richten an den Geschäftsführer Abg. E. Hartwig, Spandau, Johannesstift. Die Vereinigung, die eine Arbeitsabteilung der evg. sozialen Schule darstellt, hat für unser öffentliches Leben besondere Bedeutung. Auf biblischem Grunde stehend und arbeitend läßt sie ihren Mitgliedern im evangelischen Glauben Freiheit der Ueberzeugung. Parteipolitische Bindungen lehnt die Vereinigung ab, dagegen kämpft sie und ihre Mitglieder für die Anerkennung christlich-sozialer Grundzüge im Staats-, Wirtschafts- und Kulturleben. Parteien, die die Anerkennung der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen, der Evangelischen Arbeiterinnen- und Arbeitervereine u. a. umgehen oder gar ablehnen, werden als Gegner der berechtigten Standesinteressen der Lohnarbeiter angesehen werden müssen.

Professor D. Dr. W. Bollrath: Das Augsburger Bekenntnis und seine Bedeutung für die Gegenwart. Eine Jubiläumsausgabe der Allg. ev. luth. Konferenz 1930. 78 Seiten, Preis 2,50 Mk.

Das Jubiläum der Augustana veranlaßt den Verfasser zu einer neuen Würdigung der Konfession, vor allem in ihrer Bedeutung für die Gegenwart. Nach einem Ueberblick über den geschichtlichen Gang der Konfession wertet er die „Konfession“ selbst als das, was sie eigentlich ist und sein will, als Bekenntnis des Glaubens, als Verantwortung. Er kommt damit einem neuen Verständnis unserer Zeit entgegen. Dieses, auch dem einfachen Leser verständliche und fesselnde Büchlein ist sehr zu empfehlen.

Georg Muntzsch: Der Student vor Gott. Furchelverlag, Preis 6,50 Mark.

Dieses Buch wünscht man in die Hand eines jeden Studenten. Es ist trotz aller Gelehrsamkeit ein Buch „aus dem Leben und für das Leben des Studenten“, nicht zuletzt des nicht-theologischen Studenten. Für die Güte des Buches bürgen die Namen der Mitarbeiter, wie Landesbischof Jhmels-Dresden, die Universitätsprofessoren Schmitz-Münster, Heim-Lüdingen, Schaefer-Breslau, Staerk-Jena, Rendtorff-Riel, Köberle-Basel, Sommerlath-Leipzig, Althaus-Erlangen, Preuß-Erlangen. Ferner Namen wie Pastor Risse, Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung; Studentenpfarrer Gerhard Kunze-Leipzig; Dr. med. Walter Verneil-Braunschweig; Schriftsteller Franz Spemann-Dresden; Reichswart D. Erich Stange; Reichskanzler a. D. D. Michaelis und andere. Der Titel der drei Hauptteile: „Der Einbruch Gottes in die Welt“, „Hinter der verschlossenen Tür“ und „Mitten im studentischen Leben“, deuten an, daß das Buch wirklich ein Lebensbuch sein will.

Vom Gehorham des Glaubens. Bilder und Gedanken zwischen Zeit und Ewigkeit. Von Pie. F. Doffe, Leiter des Evang. Presseamtes in Braunschweig. 88 S. Oktav. (Wallmann, Leipzig) Kart. 3.—.

Die Vereinigung hat aber vor allem den Zweck, ihren Mitgliedern durch Schulung und Zuführung geeigneter Literatur das Schrittthalten mit dem Fortschritt des öffentlichen Kulturlebens zu ermöglichen. Dafür bringen die Mitglieder erhebliche Opfer. Die Betheler Tagung ist somit nicht nur für den evangelischen Teil der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, sondern für unser evangelisches Volk bedeutungsvoll.

Panuropa.

Das Land der Mitte zu heißen ist Deutschland. Lands-Geschichte zwischen Versailles und Moskau liegen die Gräber seiner gefallenen Söhne, zwischen Versailles und Moskau liegt seine kommende Not. Wilhelm Schäfer.

Dr. E. Der Panuropa-Bertrag, den der französische Außenminister Briand mit 19 Regierungen überreichten Denkschrift angeregt hat, erstreckt die Herstellung einer engeren Gemeinschaft der europäischen Staaten und die Ersetzung des Gegeneinanders durch die freiwillige Zusammenarbeit der Mächte. Weltlich ist dabei die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa der letzte Schritt; das nächste Ziel ist die Einberufung einer europäischen Konferenz als Dauererscheinung oder „die Bildung einer europäischen Fraktion des Völkerbundes“.

Grundsätzlich kann Deutschland als das am meisten geplagteste Land Europas und als Land der Mitte, das von jedem Konflikt betroffen wird, derartige Bestrebungen nur billigen. Unsere Politik ist eine solche des Friedens, unsere Wirtschaft will in Ruhe arbeiten und Werte erzeugen, und unser Sinnen und Trachten richtet sich darauf, nach den gewaltigen Stürmen des Weltkrieges, des Umsturzes und der Inflations-Tragödie blutende Wunden zu heilen.

Die Reichsregierung wird daher Briands Vorschläge eingehend prüfen, auf die Durchführbarkeit der Anstrengungen hin — auf die Lauterkeit der vorgeschlagenen Mittel für den Staaten-Frieden!

Die lautesten Befürworter des europäischen Staatenbundes, der französische Außenminister Briand und der österreichische Graf Coudenhove-Kalergi gehen bei ihren Plänen von dem Europa aus, wie es sich auf Grund der Versailler Friedensverträge herausgebildet hat. Der Weltkrieg soll ihnen nicht nur der letzte Krieg auf unserm Erdball gewesen sein, sondern auch die letzte gewalttätige und auch friedliche Umgestaltung, die Europa erfahren hat.

In diesem Standpunkt aber kann man kein taugliches Sprungbrett von der Gegenwart mit ihrer Zerrissenheit zum Staaten-Frieden von übermorgen erblicken, statemalen schon Immanuel Kant 1795 in seinem philosophischen Entwurf zum ewigen Frieden als ersten Präliminarartikel den niedergegeschrieben hat: „Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffes zu einem neuen Krieg gemacht worden.“

Da nun aber gerade der Versailler „Frieden“-vertrag außerordentlich viel Stoff für neue Auseinandersetzungen enthält, führte doch bei der Niederschrift seiner Paragraphen der Haß die Feder, muß der Stabilisierung des europäischen Friedens also noch die Schaffung eines wahrhaften und gerechten Friedens vorausgehen.

So notwendig die Herstellung einer engeren Gemeinschaft der europäischen Staaten im Interesse der Wirtschaft und der abendländischen Kultur ist, Deutschland hat keine Veranlassung, zu verschweigen, daß die Bahn für diese Gemeinschaft nur dadurch freigemacht werden kann, daß zunächst die Gebrechen geheilt werden, die Europa durch die Versailler Diktate anhaften. Und darum hat Reichsminister Dr. Wirth recht daran getan, auf der Tagung des paneuropäischen Kongresses in Berlin, die zeitlich mit der Rundgebung Briands zusammenfiel, darauf hinzuweisen, daß die Panuropa-Idee Deutschland die Freiheit bringen muß, auf die es Anspruch hat.

Der Politik der Stabilisierung der heutigen Macht- und Grenzverhältnisse in Europa kann Deutschland

Ein Buch voll Betrachtungen zu veröffentlichen ist heute ein Wagnis, allzuviel solcher Bücher sind vorhanden. Wer es tut, muß wissen, daß er etwas Besonderes zu bringen hat.

Doffe geht nicht von Bibelworten aus, sondern von irgendeinem Schlagwort, einem Zeitungssatz oder ähnlichem und entwickelt daraus ohne Umwege und Nebenwege die „Pointe“, auf die es ihm ankommt. Aber diese Spitze zeigt immer nach der Ewigkeit, mag sie nun aus- gehen von „Zweite Stimme fingen“, oder „Wartesaal- christentum“, „Reisenden mit Traglasten“ oder „Totem Kapital“. Die „Bilder zwischen Zeit und Ewigkeit“, wie der Untertitel heißt, schwanken nicht ziellos hin und her, sondern wachsen aus dem anscheinend so unbedeutenden Alltag und führen zum Herrn aller Dinge.

(Studentenpfarrer G. Runze, Leipzig).

Christian Keffner: Eine Papuagemeinde. (Bärenreiterverlag-Kassel. 4,80, geb. 6.— Mark).

Hier sei auf ein Buch hingewiesen, das in die Hand jedes Pfarrers und Predigers, jedes Missionars und Missionszöglings gehört! — Ist damit nicht zuviel gesagt? Nein! — Es wird hier durch den bekannten Papuamissionar, der schon zwei wertvolle Missionsbücher herausgegeben hat, ein ganz besonders fesselnder Einblick gegeben in das Entstehen und Wachsen einer Missions- gemeinde! Selten habe ich das so gelesen. („Das Kreuz unter Palmen“ von Ariele ist ähnlich, handelt übrigens von demselben Missionsgebiet! Aber es ist doch längst nicht so anschaulich!) — Das Besondere dieses Buchs sehe ich in einem Doppelten: einmal wird klar, wie genallig neugefaltende Kraft dem Christentum innewohnt! Das ist glaubensstärkend zu lesen, wie in kaum einem andern Buch der letzten Zeit. Welch eine Wendung vollzieht sich da unter den Papuas unter dem Einfluß der klaren Botschaft von Christus! — Zugleich aber stellt R. das alles so dar, daß auch allerhand Seitenblicke getan werden auf die Arbeit der Mission überhaupt, ja, noch mehr auf die

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Zum Gedenken an die Reformationszeit vor 400 Jahren liefern zur Besprechung folgende Bücher ein:

Der Reichstag zu Augsburg 1530 und das Augsburger Glaubensbekenntnis. Von Geh. Oberkirchenrat D. Drecher, Verlag des Evangelischen Vereins für die Pfalz in Kaiserslautern. Preis geb. 2.—, Lwd. 3.— Mark.

Diese volkstümliche Darstellung des Augsburger Reichstages, einschließlich der Würdigung des Augsburger Bekenntnisses ist zur Verbreitung zu empfehlen.

Ebenso beachtenswert ist die allgemeine Darstellung der Lebensgeschichte Luthers: D. Martin Luther in Wort und Bild. Von D. J. Diefelhof. Verlag der Buchhandlung der Diakonissenanstalt Kaiserswerth. 25. Auflage, neu durchgesehen von D. Dr. Buchwald. Preis 1.— Mk., in Partien billiger. — Einen wohl gelungenen Versuch, den kleinen Katechismus Luthers aus dessen Leben zu erläutern und zu veranschaulichen, stellt das Heft „Der kleine Luther“ von Pastor Heinrich Hübner dar. Verlag des Luth. Büchervereins in Breslau. Preis 2.— Mark. Teil 1. „Die zehn Gebote“. — Was wir an Luthers Bibelüberlieferung haben, zeigt das Heft „Das Kleinod unserer evangelischen Kirche, Kaiserslautern. Preis 0,60 Mk. — Empfehlend hingewiesen sei auch auf Kühn, Joh., Prof.:

Die Geschichte des Spener Reichstages 1529 (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Nr. 146). Erschienen bei R. Heinisius Nachfolger, Eger u. Sievers in Leipzig. Preis broschiert 6,80 Mark. Bei der gründlichen, wissenschaftlichen Bearbeitung des Materials konnten zum erstenmal alle erhaltenen Quellen für die Geschichte des Protestationsreichstages herangezogen werden.

Freitag.

den Zweck, ihren
führung geeigneter
rtgang des öffent-
dafür bringen die
er Tagung ist so-
eil der christlich-
für unser evan-

en ist Deutsch-
les und Moskau
n Öhne, zwischen
e kommende Not,
im Schäfer.
den der freu-
26 Regierungen
erstrebt die Her-
der europäischen
neinander durch
Mächte. Seltlich
ten Staaten von
sie Ziel ist die
hen Konfe-
der „die Bildung
rundes“.

s das am meisten
Land der Mitte,
d, derartige Be-
tit ist eine solche
in Ruhe arbeiten
ten und Trachten
den Stürmen des
Inflations-Tra-

r Briands Vor-
schlagsfähigkeit der
auterkeit der
ten-Frieden!

europäischen Staa-
tler Briand und
Rügerl gehen bei
wie es sich auf
e herausgebildet
rn der letzte Krieg
ern auch die letzte
estaltung, die

n man kein taug-
rt mit ihrer Zer-
übermorgen er-
kant 1795 in
ewigen Frieden
ergeschrieben hat:
n solchen gelten,
es Stoffes zu
vorden.“

iller „Frieden“
für neue Aus-
bei der Nieder-
die Feder, muß
rieden; also noch
g gerechten Frie-

iner engeren Ge-
im Interesse der
ultur ist, Deutsch-
schweigen, daß die
durch freigemacht
ehen geheilt wer-
Diktate anhaften.
Dr. Wirth recht
paneuropäischen
t der Rundgebung
unweisen, daß die
heit bringen muß,

heutigen Nacht
kann Deutschland

veröffentlichen ist
licher sind vorhan-
etwas Besonderes

aus, sondern von
ausgang oder ab-
umwege und Neben-
kommt. Aber diese
mag sie nun aus-
oder „Wartesaal-
iten“ oder „Totem
und Ewigkeit“, wie
tiellos hin und her,
so unbedeutenden
inge.

unze, Leipzig).

gemeinde. (Bären-
rk).

at, das in die Hand
Missionars und Mi-
nicht zuviel gefragt?
hamnten Papuamif-
sionsbücher heraus-
elnder Einblick ge-
einer Missionsge-
lesen. („Das Kreuz“
h, handelt übrigens
es ist doch längst
des dieses Buchs sehr
klar, welch gewaltig
um innewohnt! Das
kam einem andern
endung vollzieht sich
luß der klaren Bot-
stellt R. das alles
ge getan werden auf
noch mehr auf die

nicht Vorschub leisten, zwingt doch das Versailler
System Millionen deutscher Menschen, die einen ge-
schlossenen Siedlungsraum bewohnen, unter Fremd-
herrschaft, trennt dieses System doch das deutsche Volk
im Reiche von dem in Deutsch-Österreich, schuf dieses
System doch mit der Entmilitarisierung Westdeutschlands
ein Ausnahmerecht, und zugleich machte es den Schutz
der deutschen Grenze abhängig von dem guten Willen
der Nachbarn.

Die deutsche Politik muß also in der Paneuropa-
Frage die Notwendigkeit einer engeren Gemeinschaft
der europäischen Staaten anerkennen, zugleich aber die
Hindernisse herausarbeiten, die der europäischen Zu-
sammenarbeit im Wege stehen. Und dabei bildet abge-
sehen von dem Versailler Vertrag auch das Fern-
bleiben Englands und Russlands ein wei-
teres, sehr ernstes Hindernis, wobei es für Deutsch-
land darauf ankommt, auch den Schein, an gegen
Moskau oder London gerichteten Kombinationen teil zu
haben, zu vermeiden.

Im übrigen kann den Staatsmännern, die gute
Vorarbeit für ein Zusammenarbeiten Europas leisten
wollen, nur geraten werden, nach einem anderen Vor-
schlag Rants im Entwurf zum ewigen Frieden dahin
zu trachten, daß Gebreden im Staatenverhältnis, die
man nicht verhindern konnte, sobald als möglich ge-
hebert werden, „und sollte es der Selbstsucht
Opfer kosten“. Diese Opfer werden freilich groß
sein müssen, hat man doch auch in Versailles, als man
allen Völkern und Völkchen des Abendlandes ihr Dasein
entfaltete, das deutsche Siedlungsgebiet dagegen zer-
stückelte, eine Barriere zwischen Deutschland und
Deutsch-Österreich zog und Deutschland die Schulden
und die Schuld des Krieges aufbürdete, schwer geschult.

Noch ist es nicht zu spät, entscheidendes für den
europäischen Frieden zu tun, aber es gehört Mut
dazu und Wille zur Gerechtigkeit! Inwiefern
sie vorhanden sind, wird die weitere Diskussion über
Paneuropa offenbaren.

Die Paneuropa-Denkschrift.

Briands Vorschläge für den europäischen Staaten-
bund.

Die Denkschrift über die Organisation eines
Systems eines europäischen Staatenbundes ist jetzt der
Öffentlichkeit übergeben worden. Briand stellt ein-
leitend fest, das Wirken des Völkerbundes könne in
Europa auf ernste Hindernisse stoßen, wenn der terri-
torialen Zersplitterung nicht baldigst ein Ausgleich ent-
gegengesetzt werde. Es handele sich jetzt darum, in das
Universalitätssystem des Völkerbundes ein System einzu-
fügen, daß der Tatsache der geographischen Einheit
Europas entspreche. Der zu schaffende europäische Ver-
band solle keine neue Instanz für die Regelung
von Rechtsstreitigkeiten abgeben, er solle höchstens be-
ratend seine guten Dienste anbieten. Er solle sich
keineswegs gegen andere Volksgruppen
richten, die in anderen Erdteilen oder in Europa
außerhalb des Völkerbundes beständen. Die Bildung
von Zollunionen wäre unvereinbar mit den Grund-
sätzen des Völkerbundes. Weiter müsse mit aller Deut-
lichkeit festgestellt werden, daß die europäische Union in
keiner Weise eines der souveränen Rechte beeinträchti-
gen dürfe, die den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes
zustünden.

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze stellt so-
dann Briand

vier Gruppen von Anregungen

auf. Die erste Gruppe beschäftigt sich mit der Not-
wendigkeit der Aufstellung eines Vertrages, der
den Grundsatz der moralischen Verbindlichkeit Euro-
pas feststellen und eine festerliche Befestigung der
zwischen den europäischen Staaten geschaffenen Soli-
darität darstellen soll.

In der zweiten Gruppe wird die Notwendigkeit der
Einrichtung der erforderlichen Organe für die euro-
päische Union dargelegt. Briand wünscht die Einrich-
tung einer europäischen Konferenz sowie die Schaf-

fung eines Vollzugsorgans in Gestalt eines ständigen
„europäischen Ausschusses“. Der Ausschuss soll
in Genf tagen, seine Sitzungen mit denen des Völker-
bundes zusammenfallen. Zu den Aufgaben des Aus-
schusses soll gehören die Prüfung jedes Verfahrens zur
Verwirklichung und Durchführung des in Aussicht ge-
nommenen Planes, und zwar insbesondere
a) die Prüfung der politischen, wirtschaftlichen,
sozialen und anderen Fragen, die die europäische Ge-
meinschaft besonders angehen und vom Völkerbund
noch nicht behandelt worden sind,
b) die besondere Einwirkung auf die europäischen
Regierungen, damit sie die Durchführung der allge-
meinen Beschlüsse des Völkerbundes beschleunigen.

An dritter Stelle wird die Notwendigkeit der Fest-
legung der Leitgedanken behandelt, welche die
Tätigkeit des Europäischen Ausschusses festlegen sollen.
Briand behandelt hier auch den Begriff einer wirt-
schaftlichen Organisation Europas zu dem Endzweck der
gegenseitigen Annäherung der europäischen
Volkswirtschaft und schlägt auch hierfür einen
Vertrag vor, der die wirtschaftliche Solidari-
tät als Endziel der Politik der europäischen
Länder als Ideal bezeichnet.

An vierter Stelle wird die Zweckmäßigkeit er-
örtert, die Unternehmung aller Fragen der Durchfüh-
rung dieses Planes entweder der nächsten europäischen
Konferenz oder dem künftigen Europäischen Ausschuss
vorzubehalten.

Paneuropa-Rundgebung in Berlin.

Minister Wirth fordert volle Gleichberechtigung. —
Englands Vertreter macht nicht mit.

Im Rahmen einer Rundgebung der paneuropäi-
schen Konferenz in Berlin überbrachte Reichsinnen-
minister Dr. Wirth die Grüße der Reichsregierung und
erklärte, das deutsche Volk wünsche den Frieden und
die gemeinsame Aufbauarbeit. Doch müsse Deutschland
bei der Zusammenarbeit mit den anderen Ländern volle
Gleichberechtigung und den Platz fordern, der ihm im
Konzert der Völker zustehe.

Graf Coudenhoven-Kalergi, der Vorsitzende des
Kongresses, erblühte in Briands Denkschrift einen
Wendepunkt der europäischen Geschichte. Englands Ver-
treter, der frühere englische Minister Ameer, lehnte
einen Beitritt Englands zu Paneuropa ab, bezeichnete
aber eine Zusammenarbeit als möglich.

Auf einer zweiten Rundgebung sprach der frühere
französische Arbeitsminister Loucheur.

„Kanonen besser als Worte“.

Eine Rede Mussolinis. — „Italien ist ohne Lebens-
gefahr nicht anzugreifen.“

— Florenz, 20. Mai.

Vierundzwanzig Stunden nach der Ueberreichung
der Paneuropa-Denkschrift Briands hielt Italiens Mi-
nisterpräsident Mussolini in Florenz eine große Rede
an 100 000 Schwarzhemden. Während der Duce vom
Balkon eines Palastes herab sprach, umkreisten rund
100 Militärflugzeuge den Platz.

In seiner Rede gab Mussolini zunächst einen
innenpolitischen Rückblick, dann ging er auf die Außen-
und Schiffsverkehrsfrage ein und betonte dabei, Italiens
neues Flottenprogramm, das den Bau von 29 neuen
Einheiten vorsehe, werde Tonne um Tonne ver-
wirklicht werden. Italien sei nicht willens, in dem
Meer, das einst den Römern gehörte, ein Gefangen-
zu bleiben. Falls es einmal an den Grenzen losgehen
sollte, dann werde Italien auf seinem Posten sein.
Das faschistische Italien sei jetzt in allen seinen Kräften
so durchorganisiert, daß man es „nicht ohne Lebens-
gefahr angreifen könne“.

Unter Hinweis auf die Truppenbewegung beendete
Mussolini seine Ausführungen mit der Erklärung:

Ich habe das gewollt. Denn Worte sind etwas
Schwaches, aber Gewehre, Maschinengewehre, Schiffe,
Flugzeuge und Kanonen sind etwas noch Schöneres.
Das Recht ohne Macht ist ein leeres Wort, und Mac-
chiavelli sagte, daß die Propheten ohne Waffen zu-
grunde gingen. Nur ein mächtvoll bewaffnetes Italien
wird die einfache Alternative stellen: entweder wert-
volle Freundschaft oder sehr bittere Feindschaft.

Empörung in Paris.

Nach den Meldungen aus Paris hat Mussolinis
Rede in Florenz in der französischen Hauptstadt
Empörung und Ueberraschung hervorgerufen. Die Zei-
tungen schreiben, „niemals habe ein Regierungschef
derartige Herausforderungen gesagt; Mussolini halte
der ganzen Welt seine drohende Faust unter die Nase“.

Das Rheinland wird frei!

Offizielle Mitteilung an Vorkämpfer des Reich. —
60 000 Franzosen ziehen ab.

— Paris, 20. Mai.

Ministerpräsident Tardieu empfing den deutschen
Vorkämpfer von Goesch sowie den Minister des Aus-
wärtigen Briand, den Oberbefehlshaber des Besatzungs-
heeres, General Guillaumat, und den Oberkommissar
von der ... landkommission Tirard. Im Verlaufe
dieser Konferenz beschäftigte Tardieu den deutschen Vor-
kämpfer die Infragestellung des Youngplans und die An-
ordnung der Rheinlandräumung.

Für die Durchführung der endgültigen Räumung
der dritten Zone legten die französischen Militärbehör-
den und die Rheinlandkommission ein Programm vor,
dessen verschiedenen Einzelfragen der deutsche Vor-
kämpfer zustimmte. In Ausführung dieses Programms
werden Frankreichs Truppen, es handelt sich um etwa
60 000 Mann, das Rheinland am 30. Juni ver-
lassen haben. Die amtliche Bestätigung des Abschlusses
der Besatzungszeit wird alsdann noch an diesem Tage
erfolgen.

Ueber die Rückgabe des von den Besatzungsbehör-
den beschlagnahmten deutschen Eigentums finden gegen-
wärtig in Paris noch Verhandlungen statt. Deutschland
ist dabei durch den Präsidenten des Reichsverbands-

antes vertreten. Der Abschluß dieser Besprechungen
wird bereits für die nächsten Tage erhofft.

In Trier wird voraussichtlich noch in dieser
Woche mit dem Abtransport der Besatzungstruppen
begonnen werden. Als erstes Regiment soll das schwere
Infanterie-Regiment fortkommen. Der Sonderfahr-
plan für diesen Transport liegt bereits bei der in Frage
kommenden Reichsbahnstelle vor. Die Transporte sol-
len alle von Trier selbst ausgehen.

Mit der Räumung der dritten Zone, die seit dem
heutigen Dienstag im Gange ist, wird ein Gebiet von
19 158 Quadratkilometer und einer Bevölkerung von
3,3 Millionen nach nahezu zwölfjähriger Leidenszeit
von fremder Besatzung frei. Es handelt sich in der
Hauptsache um die Pfalz und Rheinhessen. Bekannte
Städte der dritten Zone sind Wiesbaden, Mainz,
Borms, Speyer und Landau. Schon die Namen
dieser Städte zeigen, daß es sich bei der dritten Rhein-
landzone um ein Gebiet handelt, das von jeher ein
Herzstück des deutschen Vaterlandes bildete. In dieser
Zone am Rhein wurzelt die deutsche Heldensage von
Siegfried, entfaltete sich früh deutsches Wesen zur
Blüte, mußte sich früh deutsches Volkstum im Kampfe
behaupten.

Die Bevölkerung der dritten Zone wird nach
dem Abzug der Franzosen machtvoll ihrer Freude Aus-
druck geben und Freiheitsfeuer anzünden. Und sie hat
Anlaß dazu! Denn dem französischen Entschluß zur
Rheinlandräumung sind hartnäckige Versuche zur Ab-
trennung des Rheinlandes vorausgegangen. Erinnert
sei an das Treiben der Separatisten in der Pfalz, die
sich zwar in der Bevölkerung keines Anhangs er-
freuten, die aber, ermuntert von den Besatzungsge-
neralen, viel Not und Elend über das hartgeprüfte Land
am Rhein gebracht haben.

Für die Bevölkerung des besetzten Gebietes be-
deutet die Räumung des Rheinlandes somit auch ei-
nen Sieg im Kampfe für das deutsche Volkstum und die
Zugehörigkeit zum Reich!

Flughallen-Verkeimerung in der Pfalz.

Das Kommando der französischen Rheinarmee gibt
in den pfälzischen Tageszeitungen bekannt, daß die
25 Flughallen auf den Flugplätzen Griesheim, Lachen-
Speyerdorf und Kaiserslautern öffentlich veräußert
werden. Als Termin wird der 22. Mai angegeben.

Postetat vom Ausschuss genehmigt.

Erklärungen Dr. Schäfers. — 31 535 gebührenfreie
Rundfunkanlagen.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages genehmigte
den Etat des Reichspostministeriums. Reichspostminister
Dr. Schäfer bezeichnete es als einen Erfolg, daß die
Post trotz gesunkener Einnahmen die Anlieferung in
Höhe von 145 Mill. M. an das Reich habe durch-
führen können. Die Verkräftung der Landpostaus-
stellung werde weiter durchgeführt. Es seien über drei
Millionen Landbewohner auf diese Weise versorgt.
Kürzwillensender müßten einer Konzessionspflicht unter-
liegen. Eine Verkürzung der Rundfunkgebühren sei in
absehbarer Zeit nicht möglich, ebenso wenig wie eine
Herabsetzung der Fernspreckgebühren.

Gegenwärtig gebe es 31 535 gebührenfreie Rund-
funkanlagen für Schwerkrriegsbeschädigte, Blinde und
Gebrechliche.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 20. Mai 1930.

— In Berlin starb der Militärattaché der schwedi-
schen Gesandtschaft, Korvettenkapitän Arnberger.

„Büch des Meineids beschuldigt. Die Kauf-
leute Spedmann und Hehmann, die 1923 wegen Ver-
leumdung des Stadtrats Büch zu hohen Geldstrafen
verurteilt worden sind, wollen unter Beweis stellen,
daß Büch in dem Prozeß unter Eid falsche Angaben
gemacht hat. Die Staatsanwaltschaft hat beide vor-
geladen.“

Reichsbankdiskont 4,5 Prozent.

Privatdiskont auf 3½ v. H. ermäßigt. — Warum die
Reichsbank diskontierte.

— Berlin, 20. Mai.

Der Zentralausschuss der Reichsbank nahm ange-
sichts der anhaltenden internationalen Diskontermäßig-
ung eine neue Herabsetzung des offiziellen Diskontes
für die Bevorschussung von Wechseln und Effekten
vor. Der Diskontsatz wurde von 5 Prozent auf
4½ Prozent, der Lombardsatz von 6 auf 5½ Prozent
ermäßigt.

Die neue Diskontsenkung der Reichsbank — die
erste unter Dr. Luther — erfolgte nach langem Zögern.
Der bisherige Diskontsatz bestand seit dem 25. April
und ist inzwischen von dem Privatdiskont, der sich am
Montag erneut um ¼ auf 3½ Prozent ermäßigte,
längst unterboten worden. Wenn sich die Reichsbank
trotzdem bisher sträubte, eine neue Zinsverbilligung
vorzunehmen, dann geschah das einmal aus der Ueber-
legung heraus, daß die internationalen Diskontsätze
u. a. auch auf die Bereitstellung von — vorläufig noch
freien — Mitteln für die Reparationsanleihe zurück-
zuführen ist, zum anderen in der Erkenntnis, daß diese
niedrigen Diskontsätze mit den wirklichen Verhältnissen
in Deutschland in Widerspruch stehen.

Mag auch auf dem Geldmarkt eine Ueberfülle an
kurzfristigen Mitteln vorhanden sein, so fehlt es uns
doch auf dem Kapitalmarkt außerordentlich an Angebot
für lange Sicht.

In seiner Rede zur Begründung des Verhaltens
der Reichsbank betonte denn auch Präsident Dr. Luther,

